



/ ESSAY /

HANNES ANDROSCH

# Ökonomischer Nationalismus ist Selbstbeschädigung

**W**enn US-Präsident Donald Trump einen protektionistischen Weg einschlägt, verspielt er auch die Privilegien, die sein Land durch den Dollar hat.

Offener Welthandel, eine arbeitsteilige Weltwirtschaft und die globale Wertschöpfungskette schaffen Beschäftigung und erbringen Wohlstand. Als Schmiermittel ist hierfür ein verlässliches monetäres System, sind also funktionierende Weltfinanzen nötig.

Die Fernhandelsstraßen früherer Zeiten wie die Seiden-, die Bernstein- oder die Salzstraßen belegen bereits die Bedeutung von Handelsbeziehungen für die Erzielung von Wohlstand.

Abschottung und autarkieorientierte Isolierung hingegen führen ins Abseits, in Rückständigkeit, Schwächung und letztlich zu Verarmung. Diese Erfahrung musste etwa das Kaiserreich China der Qing-Dynastie aus seiner Selbstisolierung machen. Noch 1800 erbrachte es die weltweit höchste Wirtschaftsleistung, um bald danach 200 Jahre der Demütigungen, des Rückfalls und Zeiten von Bürgerkriegen erleben zu müssen. Nach dem

Zweiten Weltkrieg erfuhren dies bis zu ihrer Öffnung das China Maos, das Indien Nehrus und selbst die rohstoffreiche Sowjetunion.

Die Erkenntnisse daraus hatte Kurt Tucholsky bereits 1931 lapidar auf den Punkt gebracht: „Was die Weltwirtschaft anlangt, so ist sie verflochten.“ Just im selben Jahr erfolgte der Zusammenbruch der CA und kurz darauf der Danat-Bank in Deutschland. Dies löste einen Dominoeffekt aus. Davor wollte man sich mit nationaler Einigelung schützen. So stürzte man sich selbst ins „Schwert des Protektionismus“. Die große Depression war umgehend die Folge davon.

Dem daraus entstandenen ökonomischen Desaster folgte mit dem Inferno des Zweiten Weltkrieges die politische Katastrophe auf dem Fuß. Die dabei vergleichsweise unbeschädigten USA machte diese zur Supermacht, womit das zurückliegende endgültig zum amerikanischen Jahrhundert werden sollte. Für Amerika war der Krieg ein gewaltiges Konjunkturprogramm, das die Wirkungen des New Deals bei Weitem überstieg. So erbrachten die USA nach Kriegsende die Hälfte der weltweiten Güterproduktion. Amerika nützte im wohlverstandenen Eigeninteresse sein Gewicht und seine

Stärke als benevolenter Hegemon. Es schuf ein immer offeneres und liberaleres Welthandelssystem. Dieses ermöglichte mit der Unterstützung des Marshallplans und dem amerikanischen atomaren Schutzschild Europa diesseits des Eisernen Vorhangs, ökonomisch wie Phönix aus der Asche aufzusteigen. Mit einem ähnlichen Hilfsprogramm wurde der wirtschaftliche Wiederaufstieg Japans ermöglicht.

„Große Mächte haben große Währungen“, stellte der Nobelpreisträger Robert Mundell fest. Dies taten auch die USA. So schuf das 1945 ökonomisch starke wie militärisch und politisch mächtige Amerika mit dem Dollar als Leit-, Reserve- und vor allem Handelswährung das bis heute geltende Weltfinanzsystem als Ausdruck seiner monetärer Macht – bis Anfang der 1970er Jahre goldgebunden und ab 1974 mit dem System der flexiblen und nicht mehr an Gold gebundenen Petrodollars.

Monetäre Macht erfordert auch monetäre Staatskunst. An dieser hat es immer wieder gemangelt, und zwar durch Unterbesteuerung wie etwa bei Treibstoff, laxer Budgetpolitik und daraus resultierender zunehmender riesiger Staatsverschuldung sowie geringer Spartätigkeit oder ungenügender Zähmung des Finanzkapitals. Amerika sparte hartnäckig weniger, als es investierte. Die oft erratisch schwankenden Dollarkurse machten dies einer Fieberkurve gleichend ebenso deutlich wie seit 1980 die Abfolge von Finanzkrisen. Dennoch wird die monetäre Dominanz der USA noch länger anhalten. Vom „Greenback“ zu einem „Redback“ des Yuan ist es noch ein langer Weg.

**|| Bei der Leitwährung ist es vom Greenback des US-Dollar zum Redback des chinesischen Yuan noch ein langer Weg. ||**

Mit dem Status der Leit- und Handelswährung ist jedenfalls ein „exorbitantes Privileg“ verbunden. So bringt die Ausgabe der Dollars, die die Weltwirtschaft benötigen, große Ausgabegewinne (Seigniorage Profits). Mit diesen Geldern wird auch das amerikanische Staatsdefizit ebenso günstig finanziert, wie die amerikanischen Konsumenten gut und billig über ihre Verhältnisse leben können. Überdies können die USA deutlich günstiger borgen, als sie verleihen. Obwohl die Welt in Amerika 8.100 Milliarden US-Dollar mehr investiert hat als umgekehrt, nehmen diese dabei immer noch deutlich mehr ein, als sie ihrerseits Kosten haben.

Dagegen ist das – nach der für die USA günstigen energiepolitischen Entwicklung von 800 auf 500 Milliarden Dollar gesunkene – Handelsbilanzdefizit, allen voran mit China, ein bescheidener Preis. Mit anderen Ländern haben sie durch den Export von hochtechnologischen Produkten, Waffen oder Landwirtschaftsprodukten durchaus Überschüsse. Den so genannten „China Shock“ in einigen Branchen bzw. Regionen hätte man längst als regionale Hausaufgabe im Interesse des „Forgotten Man“ lösen können, wie dies die verrottete Infrastruktur zeigt. Die strukturellen Veränderungen wie etwa im Kohlebergbau als Folge der Dekarbonisierung resultieren nicht aus den Handelsbeziehungen. Aus der kurz angeführten Ursache besteht zwischen China und Amerika, wie auch der neue Präsident schon erkennen hat müssen, so etwas wie ein „monetäres Gleichgewicht des Schreckens“: Die USA bieten China den Marktzugang, China finanziert Defi-

zite, Investitionen und Konsum in den USA. Daran ändern auch die in den letzten fast vier Jahrzehnte eingetretenen Gewichts- und Bedeutungsverschiebungen wenig. Diese zufolge wird sich der Anteil der asiatischen Schwellenländer an der globalen Wirtschaftsleistung von neun Prozent im Jahr 1980 auf 38 Prozent im Jahr 2021 erhöht haben. Der Anteil Chinas an den Weltexporten hat sich nach der Öffnung durch Deng Xiaoping von vier Prozent 1981 auf 14 Prozent 2015 erhöht. Ausländische Firmen, allen voran amerikanische, haben daran einen wesentlichen Anteil.

Nicht alle wirtschaftspolitischen Ziele können gleichzeitig erzielt werden: Steuersenkungen und Infrastrukturinvestitionen sowie die Ankurbelung privater Investitionen erhöhen das Budgetdefizit. Eine Verringerung des Handelsbilanzdefizits erhöht den Wechselkurs des Dollars. So wird Trump noch erkennen müssen, dass er mit einem mehrfachen Dilemma konfrontiert ist. Mit bilateralen Deals sind solche sicher nicht zu lösen.

Angesichts dieser Gegebenheiten und des großen Vorteils, der Amerika in den von ihrem geschaffenen System der Weltwirtschaft und der Weltfinanzen erwächst, ist es ziemlich unverstänglich, wenn Donald Trump erklärt: „Protektionismus wird zu großer Prosperität und Stärke führen.“ Schon gar nicht passt dies in das Zeitalter der digitalen Ökonomie, von der bislang amerikanische Firmen wie Alphabet/Google, Apple, Facebook, Amazon oder Microsoft im globalen Kontext am meisten profitieren. Diese sind heute die markenwertvollsten Un-

ternehmungen der Welt. Aus seinen Voodoo-ökonomischen Vorstellungen hat Trump, kaum im Weißen Haus, die TPP (Transpazifische Partnerschaft) aufgekündigt. Sehr zur Freude der Chinesen, die dazu nicht eingeladen waren. Diese bereiten prompt eine RCEP, d. h. ein Regional Comprehensive Economic Partnership ohne die USA, vor.

Geradezu als Ironie der Geschichte hat der chinesische Präsident Xi Jinping schon früh insistiert, dass Handel und Investitionen gefördert sowie Liberalisierung unterstützt werden müssen, und zwar durch Öffnung statt protektionistischer Behinderung. Mit der Initiative zur Schaffung einer neuen Seidenstraße wird dies untermauert. Mit der Zielsetzung „Made in China 2025“ soll die bestehende Technologielücke geschlossen werden. Damit soll durch Umstellung des bisherigen Wirtschaftsmodells der Exportorientierung auf technologische Binnenwirtschaft auch die Middle Income Trap vermieden werden. Auch wenn China auf Grund seiner Bevölkerungszahl bald wieder zur größten Wirtschaftsmacht aufgestiegen sein wird, wird die Wirtschaftsleistung pro Kopf erst in absehbarer Zeit 10.000 US-Dollar erreichen.

Dabei wird China jedenfalls Unterstützung durch ausländische Investitionen und damit Know-how-Transfer benötigen. China sollte daher vermeiden, in ökonomischen Nationalismus zurückzufallen. All dessen sollten sich wohl aber auch die Länder in Europa bewusst sein. Neue Mauern oder Stacheldrahtzäune helfen dabei gar nicht.

HANNES ANDROSCH ist Industrieller und ehemaliger SPÖ-Finanzminister sowie Vizekanzler der Ära Kreisky.

